



## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

14.421 – Parlamentarische Initiative

### Genehmigung bundesrätlicher Verordnungen durch das Parlament

Eingereicht von



Fournier Jean-René

Einreichungsdatum

11.06.2014

Eingereicht im

Ständerat

Stand der Beratungen

Erledigt

#### Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Parlament wird dazu aufgefordert, entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen, damit bundesrätliche Ausführungsverordnungen zu wichtigen Erlassen durch die eidgenössischen Räte genehmigt werden können. Das Parlament muss sich in solchen Erlassen das Recht vorbehalten können, dass ihm die Ausführungsverordnungen des Bundesrates zur Genehmigung vorgelegt werden. Unter Achtung des Prinzips der Gewaltenteilung erfolgt diese Genehmigung ohne Möglichkeit der Abänderung und nicht durch eine eingehende Prüfung der verschiedenen Ausführungsbestimmungen.

#### Begründung

In letzter Zeit ist es oft so, dass in Verordnungen des Bundesrates der Wille des Gesetzgebers nicht vollumfänglich respektiert wird. Die Verwaltung erliegt immer mehr der Versuchung, mithilfe von Ausführungsverordnungen das zu erreichen, was ihr vom Gesetzgeber verwehrt wurde. Diese Praxis führt zu missbräuchlicher Ausnutzung des Handlungsspielraums, den das Parlament der Regierung einräumt. Das Ergebnis eines solchen Missbrauchs im Nachhinein auf dem Wege der Gesetzgebung zu beheben ist aufwendig und zu langsam. Wir müssen dieses Problem wirksam lösen. Die Möglichkeit, bereits im Gesetzentwurf eine Genehmigung der Gesamtheit der dazugehörigen bundesrätlichen Verordnungen durch das Parlament vorzusehen, wäre ein Mittel, unter Einhaltung des Prinzips der Gewaltenteilung solchen Missbrauch zu unterbinden. Das würde sicherstellen, dass der Bundesrat von seinem Handlungsspielraum in angemessener Weise Gebrauch macht. Diese Vorgehensweise hätte nicht den Sanktionscharakter eines einfachen Vetos, wie wir es im Kanton Solothurn vorfinden, und der Gegenstand der von Thomas Müller eingereichten parlamentarischen Initiative [09.511](#) war, der der Nationalrat Folge gab, der Ständerat jedoch keine Folge gab. Ähnliche Vorschriften existieren bereits in den Kantonen Uri, Wallis und Graubünden und haben sich dort als zufriedenstellend erwiesen.

#### Dokumente

[Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)

[Medienmitteilungen](#)

[Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)

## Kommissionsberichte

20.08.2015 - Staatspolitische Kommission des Ständerates

## **Chronologie / Wortprotokolle**

Datum	Rat	
24.09.2015	SR	Der Initiative wird keine Folge gegeben.

## **Behandelnde Kommissionen**

## Staatspolitische Kommission SR (SPK-SR)

## **Erstbehandelnder Rat**

Ständerat

### **Mitunterzeichnende (20)**

Abate Fabio Altherr Hans Baumann Isidor Bieri Peter Bischof Pirmin  
Bischofberger Ivo Comte Raphaël Eberle Roland Engler Stefan Germann Hannes  
Hefti Thomas Hess Hans Imoberdorf René Keller-Sutter Karin Kuprecht Alex  
Levrat Christian Lombardi Filippo Savary Géraldine Schmid Martin  
Seydoux-Christe Anne

## Deskriptoren: Hilfe

## **Verordnung Vetorecht Aufgaben des Parlaments Beziehung Legislative-Exekutive Gesetzgebungsverfahren parlamentarisches Verfahren Kompetenzregelung**

## Ergänzende Erschliessung:

04;0421;Verordnungsveto

Sie sind hier: Das Schweizer Parlament > Suche > **Geschaefte**